Haushaltszwischenbericht 2018

I. Verwaltungshaushalt

Haushaltsstelle		Ansatz	tatsächlich bzw. Prognose	Auswirkung auf Zuführungsrate	Bemerkungen
2210-171000	Realschule Schullastenausgleich	314.000 €	334.100 €	20.100 €	höhere Sachkostenbeiträge nach neuer SchullastenVO
2310-171000	Gymnasium Schullastenausgleich	486.800 €	498.700 €	11.900 €	höhere Sachkostenbeiträge nach neuer SchullastenVO
4640-110200	Kleinkindbetreuung - Takki Plus Einnahmen	0 €	10.500 €	10.500 €	Ersätze für TAKKI Plus
4640-151000	Kleinkindbetreuung - Ersätze	15.000 €	110.000 €	95.000 €	Abrechnung Vorjahre Kostenbeteiligung Bosch und interkomm. Kostenausgleich
4640-172000	Kleinkindbetreuung - Takki Zuschuss Landkreis	174.000 €	234.000 €	60.000 €	mehr Kinder
4640-635100	Kleinkindbetreuung - Takki Plus Tagesmütter	0 €	40.000 €	-40.000 €	TAKKI Plus
4643-700000	Kirchliche Kindergärten Zuschüsse	780.000 €	835.000 €	-55.000 €	höhere Schlussrechnungen Kirchengden. + Umstellg. auf VÖ im Kiga Kronenstraße
4590-1*	TAPIR - Einnahmen	0 €	4.000 €	4.000 €	Neue Betreuungsform TAPIR (DS 22/2018)
4590-5*- 6*	TAPIR - Ausgaben	0 €	25.000 €	-25.000 €	Neue Betreuungsform TAPIR (DS 22/2018)
6000-110000	Baugenehmigungsgebühren	220.000 €	400.000 €	180.000 €	Großprojekte im Gewerbegebiet Raite und auf dem BOSCH-Campus
8800-141000	Allgem. Grundvermögen - Pacht unbeb. Grundstücke	15.000 €	25.000 €	10.000 €	Abrechnung Pacht VU Landratsamt Böblingen
9000-003000	Gewerbesteuer	9.500.000 €	9.500.000 €	0 €	Veranlagungssoll am 30.06.2018 = 9,46 Mio. €
9000-020000	Vergnügungssteuer	390.000 €	420.000 €	30.000 €	steigende Spielumsätze
9000-041000	Schlüsselzuweisungen vom Land	6.642.400 €	6.762.500 €	120.100 €	Orientierungsdaten Mai-Steuerschätzung
9000-810000	Gewerbesteuerumlage	1.807.600 €	1.802.400 €	5.200 €	Absenkung Umlagesatz auf 68,3 v.H.
Summe Veränderungen				426.800 €	
9100-860000	Zuführung zum Vermögenshaushalt	4.045.000 €	4.471.800 €		

Der Haushaltszwischenbericht stellt lediglich die momentane Betrachtung zur Jahresmitte dar. Die getroffenen Prognosen stehen daher unter dem Vorbehalt der weiteren Entwicklungen des Haushaltsjahres. Dies gilt insbesondere für das Steueraufkommen und den Kommunalen Finanzausgleich.